

## **Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 10.03.2005**

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II  
Sitzungsdauer: 17:00 bis 19:30 Uhr

Den Vorsitz führte: MdR Marianne Pohlmann

ANWESENDE:

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

#### **SPD**

Ratsfrau Berendine Bamminger  
Ratsherr Kai-Uwe Schulze für Rats Herrn Walter Davids  
Rats Herr Jürjen Heinks  
Rats Herr Richard Woldmer

#### **CDU**

Rats Herr Herbert Buisker  
Rats Herr Hinrich Odinga  
Rats Herr Benedikt Rosenboom

#### **FDP**

Rats Herr Heino Ammersken für Rats Herrn Holger Klaassen  
Rats Herr Meinhard Meißner  
Rats Herr Gerhard Schaudinn

### **Nichtstimmberechtigte Mitglieder**

#### **Bündnis 90/Die Grünen (Grundmandat)**

Rats Herr Wulf-Dieter Stolz

#### **Beratende Mitglieder**

Herr Siemen Boomgaarden  
Herr Ingo Tuitje  
Herr Heinz-Wilhelm Weber  
Herr Helmut Zimmermann

#### **Von der Verwaltung**

Erster Stadtrat Martin Lutz  
Städt. Oberamtsrat Wolfgang Münch  
Stadtamtsrätin Beate Stomberg  
Fachdienstleiter 431 Dr. J. Kleiminger  
Fachdienstleiter 432 Herr Okko Ahten  
Fachdienstleiter 433 Herr Rewert Wilhaus  
Fachdienstleiter 434 Herr H. Kronshagen  
Fachdienstleiter 437 Herr Bernd Lenz  
Stadtoberinspektor H.J. Endelmann vom FD 431  
Stadtamtmann Volker Grendel vom FD 432  
Stadtoberinspektor Stefan de Boer vom FD 432  
Stadtangestellter Andree Heinks vom FD 437  
Stadtangestellte Olga Onnenga als Protokollführerin

## **Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 10.03.2005**

**Punkt : 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Frau Pohlmann** eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Sie begrüßt die anwesenden Zuhörer, Herrn Heiko Müller von der Ostfriesen-Zeitung sowie alle anderen Anwesenden.

**Punkt : 2** Feststellung der Tagesordnung

Vor Feststellung der Tagesordnung beantragt **Herr Ammersken** die beiden Tagesordnungspunkte 10 und 13 (Mitteilungsvorlage-Antrag) nach der Beratung im SOB-Ausschuss wegen der Bereitstellung von Haushaltsmitteln für weitere bauliche Gestaltungen und Maßnahmen als Beschlussvorlagen an den VA und Rat zu verweisen.

Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

**Punkt : 3** Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift Nr. 12 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 24.11.2004 wird einstimmig genehmigt.

**Punkt : 4** Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Ein Einwohner aus Wybelsum trägt zum Tagesordnungspunkt 10 „Schulwegsicherung Wybelsum“ seine Bedenken bezüglich der Sicherheit des Schulweges vor. Die Straße sei in einem sehr schlechten Zustand und mit Schlaglöchern gespickt.

**Herr Grendel** erklärt, dass die vorgetragenen Probleme bekannt sind und in den Planungen zur Dorferneuerung Berücksichtigung finden. Als Übergangslösung ist eine Verbesserung der Ausleuchtung im Bereich des Haupteinganges mittels einer stärkeren Bogenlampe und die Abmarkierung eines 1 m breiten Fußgängerstreifens, rechtsseitig entlang der Kloster-Langen-Straße im Abschnitt zwischen Geerdswehr- und Aikewehrstraße, vorgesehen. Um die Situation bei der Schule zu entspannen, soll die Schule aufgefordert werden, den mittleren Zugang zum Schulhof dauerhaft zu schließen. Da sich die Straßen innerhalb einer Zone 30 befinden, sind die geforderten Fußgängerüberwege nicht durchsetzbar. Eine 24-stündige Verkehrserhebung ergab in dem schulbedingten kritischen Zeitraum von 07.00 bis 13.00 Uhr bei einer max. 160 KFZ/Std. Verkehrsbelastung eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 35 km/h. Dagegen sind in den Nachmittags- bzw. Abendstunden vereinzelt ahndungsfähige Verstöße festgestellt worden.

**Frau Pohlmann** begrüßt Frau Lipperheide von der Emdener Zeitung.

### BESCHLUSSVORLAGEN

**Punkt : 5** Vorlage 14/1561-00  
Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2005

**Herr Lutz** deutet in seinen Anmerkungen zum Budget auf das Haushaltsdefizit von 5 Mio.€ und auf die Risiken Krankenhaus sowie Hartz IV für den Haushalt 2005 hin. In den Haushalt 2005 wurde das Dorferneuerungsprogramm Wybelsum/Logumer Vorwerk nicht aufgenommen, da aufgrund der angespannten Haushaltslage des Landes in 2005 keine Fördermittel zu erwarten seien und auch die Höhe der Fördermittel unbekannt wäre.

## **Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 10.03.2005**

**Herr Woldmer** berichtet, dass einige Fraktionen sich mit dem Budget eingehend beschäftigt hätten, mit dem Ergebnis sparsam mit den Mitteln umzugehen, wo nichts ist, kann auch nichts mehr ausgegeben werden. Seitens der SPD werde dem Budget für den Fachbereich 400 zugestimmt.

**Herr Rosenboom** erwähnt, dass die CDU-Fraktion ihre Beratungen noch nicht abgeschlossen habe und stellt den Antrag, die Vorlage an die Fraktionen zu verweisen.

**Herr Schaudinn** stellt fest, dass der Fachbereich 400 mit seinen 5 Fachdiensten und 23 Produkten gut vorgelegt und sein Ergebnis verbessert habe. Die FDP stimme dem Budget für den Fachbereich zu. Er möchte aber gerne wissen, wie sich die Verwaltungsmodernisierung des Landes Niedersachsen auf den Fachbereich 400 in Bezug auf Aufgabenzuteilung und evtl. daraus resultierender Erhöhung der Personalkosten ausgewirkt habe.

**Herr Münch** erklärt, er wurde aufgefordert, die Auswirkungen in den einzelnen Sachgebieten zu ermitteln, ein Ergebnis würde frühestens im Spätsommer vorliegen.

**Herr Schaudinn** bittet, nach den Sommerferien über das Ergebnis zu informieren, es könne nicht sein, dass Aufgaben an die Kommunen ohne Ausgleich der Kosten abgegeben werden. Im Zusammenhang mit der Einnahmeverbesserung fragt er nach, wann Gebühren für die Brandwachen im Hafen genommen werden.

Zu den Auswirkungen der Verwaltungsmodernisierungen des Landes bezüglich des Arbeitsaufwandes auf die Kommune rechnet **Herr Lutz** mit insgesamt 2 Stellen, da durch den gleichzeitigen Wegfall der Widerspruchsverfahren wiederum mit Personaleinsparungen zu rechnen sei.

Bezüglich der Anforderung von Gebühren bei Brandwachen im Hafen deutet **Herr Münch** Differenzen mit der Wirtschaftsförderung an, die Gebühren würden die Hafenvirtschaft verteuern. Was letztendlich daraus werde, bleibe abzuwarten, die Gebühren würden jedenfalls erhoben.

**Herr Stolz** bemerkt, dass die Fraktionen der Grünen dem Budget ebenfalls zustimme.

**Frau Pohlmann** lässt über den Antrag der CDU-Fraktion um Verweisung der Vorlage an die Fraktionen abstimmen.

Beschluss: Verweisung an die Fraktionen

Punkt : 6 Vorlage 14/1562-00  
Festsetzung des Investitionsprogramms der Stadt Emden und der Betriebes 836 Rettungsdienst sowie 806 Gebäudemanagement bis 2008

Beschluss: Verweisung an die Fraktionen

Frau Stomberg verlässt die Sitzung.

## **Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 10.03.2005**

### **Punkt : 7**

Vorlage 14/924-02

Änderungen am Parkraumbewirtschaftungskonzept in Emden

- u.a. Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.07.2003 –
- 1.Kostenfreies Parken an Sonnabenden
- 2.Bewirtschaftung unter der Bahnhofsbrücke

**Herr Grendel** erläutert die Beschlussvorlage und erklärt zu 1., dass auf die Maßnahme der Bewirtschaftung von 20 Parkplätzen für die Anwohner mit Ausnahmegenehmigungen am Neuen Markt verzichtet werden kann, da die Oldenburgische Landesbank sich an der Sonnabend-Regelung beteiligt. Dadurch werde sich die Situation entzerren und für die Anwohner Reserven zum Parken geschaffen. Leider habe sich die Kaufhalle bislang nicht zu der Sonnabend-Regelung durchringen können, weil die Karstadt AG als Eigentümerin den Parkplatz an die Zukunft des Gebäudes knüpfe.

Anders ist die Situation beim Rathausparkplatz, so **Herr Grendel**. Die dort vorhandenen 20 Parkplätze werden fast ausschließlich durch Dauerparker (Emder) belegt, so dass Touristen, die nur kurz zur Touristikinformation wollen, hier keine Möglichkeit zum Kurzparken vorfinden. Außerdem werde der Parkplatz an Wochenenden bei Veranstaltungen im Stadtgarten oder isoliert häufig genutzt. Eine Bewirtschaftung des Parkplatzes würde das Räumen der Stellplätze wesentlich erleichtern.

**Herr Grendel** schlägt dem Ausschuss deshalb einen abweichenden Beschluss zu 1. dahingehend vor, dass lediglich der Parkplatz auf dem Rathausplatz wieder bewirtschaftet wird.

**Herr Rosenboom** deutet darauf hin, dass die CDU-Fraktion auch auf dem Rathausparkplatz das kostenfreie Parken an Samstagen beibehalten möchte. Er schlägt deshalb eine Parkscheibenlösung vor.

**Herr Grendel** sieht in dieser Lösung Probleme, da diese Ausnahmen völlig unübersichtlich seien. Parkscheiben, auch bei einer Befristung von 30 Minuten, würden eine legale Parkdauer von 59 Minuten ermöglichen. Außerdem weist er auf den häufig vorkommenden Missbrauch durch das Weiterdrehen der Parkscheibe hin, so dass sich dann an der bisherigen Situation nichts ändern werde.

**Herr Schaudinn** erwähnt das stattgefundene Vorgespräch zwischen Verwaltung und den Fraktionen. Die FDP habe ein Problem mit der Bewirtschaftung. Er mahnt einen Antrag der FDP vom November 2003 an, wonach generell über die Gestaltung des Rathausplatzes nachgedacht werden sollte. Dieser Platz sei im Sommer ein beliebter Kommunikationsplatz, der kinderfreundlicher z.B. mit Spielflächen und Spielgeräten hergerichtet werden sollte. Bleiben müssten lediglich der Taxenplatz und 2 Parkplätze für Schwerbehinderte.

**Herr Rosenboom und Herr Buisker** erklären übereinstimmend, dass die CDU nichts von der Bewirtschaftung des Platzes halte.

Für sehr wichtig hält **Herr Rosenboom** weitere Gespräche mit der Karstadt AG, um so auf eine Freigabe für kostenloses Parken am Sonnabend auf dem Parkplatz der Kaufhalle einzuwirken.

**Herr Ammersken** weist auf die Probleme mit der Bewirtschaftung des Parkplatzes hin und hält es für sinnvoller, über ein Gesamtkonzept nachzudenken.

Um das Dauerparken auf dem Rathausparkplatz zu verhindern und um einen Beschluss zu fassen, macht **Herr Grendel** folgenden Lösungsvorschlag: „Auf dem Rathausparkplatz werden auch für den Sonnabend keine Ausnahmeregelungen mehr zugelassen. Über den Parkscheinautomaten ist eine Kurzparkzeit von 60 Minuten zu einer Gebühr von 50 Cent anzubieten. Damit würde der Rathausparkplatz nicht mehr für Dauerparker zur Verfügung stehen.“

## **Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 10.03.2005**

Bezüglich der Kaufhallenparkplätze deutet **Herr Grendel** auf weitere Gespräche mit der Karstadt AG hin.

**Herr Rosenboom** erklärt, mit einer solchen Lösung könne man leben, es müsse aber vor Ort deutlich gemacht werden, dass die Kurzzeitparkplätze für Touristen sind. Über die genauen Modalitäten sollte nochmals mit allen Fraktionen diskutiert werden.

**Herr Ammersken** bittet 361 darum, den Antrag vom 19.11.2003 bezüglich der Umgestaltung des Rathausparkplatzes in einer der nächsten Sitzungen zu beantworten.

Zu 2. trägt **Herr Grendel** ergänzend zur Vorlage vor, dass es sich bei den Ausnahme genehmigungen für Innenstadtbeschäftigte um ca. 30 bis 40 Ausnahmen handeln würde. Die Bewirtschaftung der Fläche unter der Bahnhofsbrücke haben die Stadtwerke beantragt und sie war auch Gegenstand einer Anfrage der Grünen. Die Bewirtschaftung des Bahnhofsvorplatzes erfolgt analog zur Innenstadt und einer begünstigten Ausgabe von Parktickets an Bahncard-Inhaber.

**Herr Rosenboom** plädiert für die gleichen Tarife wie das Parkhaus sie fordert.

**Herr Stolz** kann im Zusammenhang mit der Auslastung des Parkhaus nicht nachvollziehen, warum die Parkplätze am Verwaltungsgebäude IV der Bewirtschaftung entzogen werden.

**Herr Grendel** antwortet, dass der sehr schlechte Zustand des Schotterplatzes eine Bewirtschaftung unmöglich macht.

**Herr Woldmer** denkt, dass der Vorschlag der Verwaltung zu 2. gut ist und man diesem zustimmen sollte.

Nach einer kurzen Diskussion entschließt man sich zu folgendem abweichenden Beschluss:

### **abweichender Beschluss:**

1. Kostenfreies Parken an Sonnabenden.  
Nach Auswertung der Testphase wird das „Kostenfreie Parken an Sonnabenden“ fortgeführt, lediglich der Parkplatz auf dem Rathausplatz wird wieder bewirtschaftet.
2. Die Parkplätze am Verwaltungsgebäude IV sind der Bewirtschaftung entzogen, da es sich um fiskalisches Eigentum der Stadt Emden handelt.  
Der Parkplatz auf dem Bahnhofplatz wird gemeinsam mit den Stellflächen unter der Bahnhofsbrücke bewirtschaftet. Für Bahncard-Inhaber werden Sonderregelungen getroffen.

**Punkt : 8** Vorlage 14/1620-00  
Einstieg in die stationäre Geschwindigkeitsüberwachung

Ergänzend zu der Beschlussvorlage erklärt **Herr Grendel**, dass die Stadt Emden sich zukünftig verstärkt um die Überwachung des fließenden Verkehrs sorgen muss, weil die Polizei sich verstärkt auf die Kriminalbekämpfung konzentriert. Er macht noch darauf aufmerksam, dass die stationären Anlagen es auch ermöglichen, dass die vorhandene mobile Messanlage künftig verstärkt in Wohngebieten, insbesondere in Tempo-30-Zonen eingesetzt werden könne um so die vielfache Forderung nach Kontrollen von Anliegern zu erfüllen. In einem Vorgespräch mit den Fraktionen haben sich bereits zwei Fraktionen dafür ausgesprochen, 4 feste Anlagen zur Überwachung der unfallträchtigen Punkte der Larreiter- und der Auricher

## **Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 10.03.2005**

Straße aufzustellen. Bei den Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen handelt es sich um 3,20 m hohe Säulen aus Stahl, die mit Digitalkamera und Sensortechnik ausgestattet sind. Die Digitalfotografie habe den Vorteil, dass Bilder und Daten gleichzeitig gespeichert werden und eine direkte Bearbeitung möglich ist. Die Kosten für die Überwachungsanlagen belaufen sich für vier Kästen (Technik) und zwei Kameras auf 146.000 € und rd. 50.000 € für die baulichen Maßnahmen vor Ort.

**Herr Schaudinn** berichtet, dass im Hinblick auf die Verkehrsstatistik 2004 sich die FDP-Fraktion einstimmig für diese Anschaffung ausgesprochen habe. Haushaltsmittel sollten nach Möglichkeit noch in 2005 bereitgestellt, spätestens aber für den Haushalt 2006 eingesetzt werden.

**Herr Stolz** erklärt, dass die Fraktion der Grünen die Anschaffung unterstützt.

Auch die CDU-Fraktion habe sich für die Anschaffung der Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen ausgesprochen, so **Herr Buisker**. Es sollte aber nicht so sein, dass nur abkassiert wird. Weiter interessiert ihn, inwieweit die Anlagen gegen Vandalismus geschützt sind.

**Herr Grendel** erwidert, dass die Säulen aus Stahl sind und selbstverständlich soweit wie möglich Vandalismus sicher konstruiert sind.

**Herr Zimmermann** berichtet, dass es allein am unfallträchtigen Punkt der Larrelter Straße /Uwierstraße 18 Unfälle gegeben habe.

Verwaltung und Ausschuss-Mitglieder sind sich darüber einig, dass die Einnahmen durch Bußgelder nicht so hoch sein werden, dass sich die Investition rechnet. Die Anlagen dienen lediglich dazu, die Verkehrssicherheit zu erhöhen und die Unfallzahlen zu senken.

**Beschluss:** Die Stadt Emden wird an der Larrelter Straße und der Auricher Straße stationäre digitale Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen installieren.  
Das notwendige Kostenvolumen in Höhe von ca. 200.000 Euro wird sobald wie möglich im Haushalt bereitgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

### ANTRÄGE VON FRAKTIONEN/GRUPPEN

**Punkt : 9** Vorlage 14/1621-00  
Öffnung der Straße „Lüttje Weg“ zur L2;  
- Antrag FDP 13.12.04 und  
- Antrag SPD 12.01.05

**Herr Woldmer** erläutert den Antrag und bemerkt, dass weiterhin dafür plädiert werde, den „Lüttje Weg“ als Einbahnstraße zur L 2 dauerhaft zu öffnen und entsprechend auszubauen. Er trägt die einzelnen Punkte des Antrages der SPD nochmals vor und erklärt, dass er kein persönliches Interesse habe, sondern das der Mehrheit von Anliegern und die des Bürgervereines unterstütze. Die von der Verwaltung in der Vorlage angeführte Verkehrserhebung könne er nicht nachvollziehen, er sehe täglich chaotische Zustände.

**Herr Schadinn** erklärt, dass 2/3 der Anlieger sowie der Bürgerverein für eine Öffnung sind, um für die übrigen Straßen eine Entspannung herbeizuführen. Er erwähnt, dass er auch die

## **Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 10.03.2005**

Nöte und Sorgen des Drittels der Anlieger verstehe, die gegen eine Öffnung des „Lüttje Weges“ sind.

**Herr Buisker** schließt sich der Meinung der Verwaltung mit dem Bemerkungen an, dass das Geld für dringendere Maßnahmen benötigt werde.

Auch **Herr Stolz** spricht sich gegen eine Öffnung der Straße aus.

Nach einer längeren Diskussion in der Befürworter und Kritiker der Öffnung ihre Argumente austauschten, wird eine Unterbrechung der Sitzung für 3 Minuten beantragt.

**Frau Pohlmann** unterbricht die Sitzung für 3 Minuten.

Nach der Unterbrechung stellt **Herr Schulze** den Antrag, die Vorlage an die Fraktionen zu verweisen.

**Frau Pohlmann** lässt über den Antrag abstimmen.

**Beschluss:** Der „Lüttje Weg“ wird als Einbahnstraße zur L 2 dauerhaft geöffnet und entsprechend ausgebaut.

### **Stellungnahme der Verwaltung:**

Der Antrag wird abgelehnt. Die Baustraße Lüttje Weg wird aus Kosten/Nutzen-Gründen nicht als Einbahnstraße ausgebaut, sondern wie ursprünglich vorgesehen, durch den Investor zu einem Rad- und Fußweg zurückgebaut

**Ergebnis:** Verweisung an die Fraktionen

**Punkt : 10** Vorlage 14/1622-00  
Schulwegsicherung Wybelsum;  
- Antrag FDP 09.12.04 (sowie Ergänzung vom 14.12.04)

**Herr Ammersken** bezieht sich auf den Antrag seiner Fraktion vom 09.12.2004. Die von der Verwaltung vorgeschlagenen verkehrsrechtlichen Maßnahmen seien ausreichend. Um für die baulichen Maßnahmen Haushaltsmittel bereitzustellen, beantragt er, gemäß dem nachgereichten Antrag der FDP vom 14.12.04, eine Beschlussvorlage für den Verwaltungsausschuss und den Rat zu fertigen.

**Herr Odinga** plädiert für die schnelle Umsetzung der Maßnahmen. Bezüglich der Schließung des mittleren Zuganges zum Schulhof wendet er sich an Herrn Grendel und bittet, hierauf zu verzichten, da gerade die Kleinsten der Schule diesen Zugang benutzen. Nach seiner Meinung sind die parkenden Fahrzeuge der Lehrer vor der Schule ein viel größeres Problem; dabei sei hinter der Schule genügend Platz zum Parken.

**Herr Grendel** fragt sich, ob wirklich 3 Zugänge zur Schule sein müssen, da jeder Zugang für sich eine Gefahr mit sich bringe. Bezüglich des Parkverbotes vor der Schule müsste die Schulleitung zustimmen.

**Herr Ammersken** bemängelt, dass der Antrag der FDP vom 09.12.04 nur an 432, Herrn Grendel, und nicht gleichzeitig an den BEE zur Bearbeitung weitergeleitet wurde.

## **Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 10.03.2005**

**Herr Lutz** weist auf die Vielzahl von Anträgen und Anfragen hin. Häufig gehe aus den Anträgen bzw. Anfragen nicht eindeutig hervor, was gemeint sei. Bezüglich des Parkens hinter der Schule sichert **Herr Lutz** eine Überprüfung zu.

**Frau Pohlmann** lässt über den Antrag von Herrn Ammersken abstimmen.

**Beschluss:** Gemäß dem Antrag der FDP wird für die vorgeschlagenen Maßnahmen und die Bereitstellung von Mitteln eine Beschlussvorlage für den Verwaltungsausschuss und Rat gefertigt.

**Ergebnis:** Verweisung an den Verwaltungsausschuss

**Zuständig: BEE**

**Punkt : 11** Vorlage 14/1623-00  
Ortseingang Twixlum;  
- Antrag FDP 09.01.05 und  
- Antrag SPD 13.01.05

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**Punkt : 12** Vorlage 14/1624-00  
Versetzung Ortstafel Petkum;  
- Antrag FDP 27.01.05

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

**Punkt : 13** Vorlage 14/1625-00  
Verkehrsberuhigung Lise-Meitner-Straße;  
- Antrag FDP 03.02.05

**Herr Ammersken** trägt vor, dass die FDP auch für diesen Antrag eine Beschlussvorlage für den VA und den Rat beantrage. Die verkehrsrechtlichen Maßnahmen sind in Ordnung, aber es sind noch weitere Maßnahmen erforderlich, für die Haushaltsmittel bereitgestellt werden müssten. **Herr Ammersken** übergibt dem Ausschuss eine Unterschriftenliste von Anwohnern der Lise-Meitner-Straße.

**Herr Grendel** ergänzt die Vorlage und bemerkt, dass bei Kontrollen 28 Verwarnungen ausgesprochen wurden. Diese Kontrollen würden schwerpunktmäßig wiederholt. Er weist in seinem Vortrag nochmals auf den hinteren Teil der Lise-Meitner-Straße hin, wo der Endausbau erst Ende des Jahres 2004 vorgenommen wurde. Hier seien noch Markierungsarbeiten durchzuführen und vorhandene Verkehrszeichen zu optimieren.

**Frau Pohlmann** bittet zur Abstimmung.

**Beschluss:** Für den Antrag der FDP vom 03.02.05 ist aufgrund seiner baulichen Gestaltung und der Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Maßnahmen eine Beschlussvorlage für den VA und den RAT zu fertigen.

**Ergebnis:** Verweisung an den Verwaltungsausschuss

**Zuständig: BEE**



## **Niederschrift Nr. 13 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 10.03.2005**

**Punkt : 14** Vorlage 14/1626-00  
LKW-Verkehr L2 – Auswirkungen Maut;  
- Antrag FDP 04.02.05

**Herr Schaudinn** begründet nochmals den Antrag der FDP und zeigt auf die vielen Klagen der Bewohner von Borssum bis Petkum über die Zunahme des Lastwagenverkehrs auf der Landesstraße 2 hin. Nach ihren Feststellungen weichen seit der Einführung der Maut immer mehr LKW-Fahrer auf die Nebenstraßen parallel zur A 31 aus, um Geld zu sparen. Wir können die Auswirkungen jeden Tag beobachten, deshalb schlage er eine Resolution des Rates vor.

Auch **Herr Woldmer** ist sich sicher, dass trotz der vorgelegten Zahlen der Verwaltung, der Verkehr mit LKWs sich verschoben habe. Nach seiner Erkenntnis spart ein LKW 13,94 € bis zum Emstunnel, deshalb werde die L 2 verstärkt benutzt.

**Herr Lutz** verdeutlicht, dass die Stadt nicht zuständig sei und über keine Handhabe dagegen verfüge.

**Herr Buisker** regt an, weitere Zählungen des LKW-Verkehrs durchzuführen.

**Herr Grendel** weist darauf hin, dass die Zählungen vor und nach der Einführung der Maut eher zufällig vorgenommen wurden. Die Zahlen haben aber keine nennenswerten Veränderungen ergeben. Für eine verkehrsrechtliche Anordnung, die L 2 mautpflichtig zu machen, reiche die Steigerung nicht aus.

**Herr Schaudinn** verdeutlicht, dass die Bürger die Belastung durch den LKW-Verkehr nicht mehr länger hinnehmen wollen und appelliert an den Rat nichts unversucht zu lassen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

### **Anmerkung der Protokollführerin**

Die Stadt Emden hat aufgrund einer Umfrage vom Nds. Städtetag diese Ausweichstrecke mit den ermittelten Verkehrsdaten als Problembereich benannt.

**Punkt : 15** mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es werden keine mündlichen Mitteilungen vorgetragen.

**Punkt : 16** Anfragen

#### **a) Liekeweg**

**Herr Schaudinn** erklärt, dass auf die Anfrage der FDP vom 3.11.2004 bezüglich des Liekeweges bislang nicht reagiert wurde. Besonders zeigt er auf die Raserei zum Neubaugebiet hin. Er bittet um Sachstandsbericht.

(Herr Ammersken verlässt die Sitzung).

#### **b) Kontrollen auf Fußgängerwegen**

**Frau Bamminger** bittet die Polizei um Überwachung der Fußgängerwege, die immer wieder von Radfahrern benutzt würden.